

Aktualisierte Stellungnahme

des Gesamtverbandes der
Deutschen Versicherungswirtschaft
ID-Nummer 6437280268-55

zur

VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS
UND DES RATES über einen Rahmen für den Zugang
zu Finanzdaten und zur Änderung der Verordnungen
(EU) Nr. 1093/2010, (EU) Nr. 1094/2010, (EU) Nr.
1095/2010 und (EU) 2022/2554



Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V.
Wilhelmstraße 43 / 43 G, 10117 Berlin
Postfach 08 02 64, D-10002 Berlin
Telefon: +49 30 2020-5000 · Telefax: +49 30 2020-6000

Rue du Champ de Mars 23, B-1050 Brüssel
Telefon: +32 2 28247-30 · Telefax: +49 30 2020-6140
ID-Nummer 6437280268-55
www.gdv.de

Ansprechpartner
Florian Baltruschat

E-Mail
bdit@gdv.de

Einleitung

Die deutsche Versicherungswirtschaft unterstützt grundsätzlich die europäischen Überlegungen zur Förderung eines datengesteuerten Finanzwesens. Mit dem vorgestellten Legislativvorschlag über ein Rahmenwerk für den Zugang zu Finanzdaten („FiDA“) sollen Privat- und Firmenkunden mehr Gestaltungsspielraum bei der Verwendung ihrer Finanzdaten erhalten. Nach der Vorstellung des Gesetzgebers sollen auf Basis dieser Informationen innovative datengetriebene Finanzlösungen entstehen.

Der vorliegende konkrete Vorschlag ist allerdings äußerst kritisch zu sehen und würde die Finanzunternehmen, die als Dateninhaber die Hauptlast der FiDA-Verordnung tragen müssten, unangemessen belasten. Maßgeblich dafür ist der vorgeschlagene Anwendungsbereich, der für den Versicherungssektor enorm weit gefasst ist und allein für den deutschen Markt mehr als 400 Millionen Policen betreffen würde. Die Daten zu jedem dieser Verträge müssten durch die Unternehmen so aufbereitet werden, dass sie kontinuierlich und in Echtzeit geteilt werden können, selbst wenn der Vertragsschluss bereits Jahrzehnte zurückliegt. Diese pauschale Anforderung ist für weite Teile des Versicherungsgeschäftes unpassend und nicht realisierbar.

Der angestrebte Erfolg des Gesetzes ließe sich nur erreichen, wenn die Versicherer alle relevanten Vertragsinhalte digitalisieren, damit der Kunde und Dritte die Daten sinnvoll verwerten können. Die hierfür entstehenden Kosten und Aufwendungen sind um ein Vielfaches höher als im Entwurf vermutet.

Besonders kritisch dabei ist, dass die tatsächliche Nachfrage auf Seiten des Verbrauchers nicht erwiesen ist. Nach einer vom GDV durchgeführten repräsentativen Umfrage¹ sind mehr als 75% der Befragten nicht an einem Informationsportal interessiert, wenn sie ihre Daten mit verschiedenen Finanzinstituten teilen müssten. Bereits verfügbare Apps und Websites, die den Umsatz verschiedener Konten analysieren und auf dieser Grundlage Spartipps geben, werden nur von 3 % der befragten Haushalte eingesetzt. Auch die EU-Kommission ist sich dieser Problematik bewusst. So stellte Kommissarin McGuinness in einer Rede vor dem EU-Parlament fest, dass lediglich 5% der Kunden Open Banking Use Cases nutzen würden.²

Im Zusammenspiel dieser beiden Effekte sehen sich die Versicherungsunternehmen mit einem Dilemma konfrontiert. Sie müssen auf der einen Seite als Dateninhaber umfangreiche Anpassungen an den Prozessen und den IT-Systemen vornehmen, was mit hohen Investitions- und Betriebskosten verbunden ist. Auf der anderen Seite ist die Generierung von Nutzungsgebühren nur möglich, wenn ein

¹ [GDV.de](https://gdv.de); abgerufen am 18.10.2023

² ec.europa.eu; abgerufen am 18.10.2023

konkreter Kundenbedarf besteht, der zu einer tatsächlichen Nutzung des Verfahrens führt.

Schlussendlich strapaziert der ambitionierte Zeitplan der EU-Kommission die knappen Ressourcen der Unternehmen zusätzlich.

Damit FiDA zu einem Erfolg wird, muss vor diesem Hintergrund ein Gleichgewicht aus Kosten, Nutzen und Risiken gefunden werden. Aus unserer Sicht sind daher die folgenden Anpassungen erforderlich:

1. Umsetzung von FiDA im Versicherungsbereich

- FiDA würde über 400 Millionen Versicherungsverträge betreffen.
- Die Umsetzung sollte daher schrittweise und evidenzbasiert erfolgen. Dabei sollte die Verordnung einem Use-Case bezogenen Ansatz folgen und sich konsequent am Kundennutzen orientieren.
- Die Grundsätze der Proportionalität sollten noch stärker berücksichtigt werden.

2. Präzisierung des Anwendungsbereichs

- Die Anwendung sollte sich auf Neuverträge beschränken.
- Die Definition von „Kundendaten“ im Sinne des Art. 3 Nr. 3 sollte sich auf Kundenrohdaten beschränken.
- Besondere Kategorien personenbezogener Daten sollten nicht geteilt werden, ebenso wie die Daten von Dritten.
- Die Unfallversicherung sollte generell aus dem FiDA-Anwendungsbereich ausgenommen werden.

3. Ausgestaltung des Datentransfers

- Die Bestimmungen zum Schutz der Geschäftsgeheimnisse und der Vergütung der Daten sollten an das EU-Datengesetz angeglichen werden.
- Für die Haftung und die Streitbelegungsmechanismen sollten bestehende nationale Regime zur Anwendung kommen.
- Die kontinuierliche Lieferung von Echtzeitdaten sollte nur dort erforderlich sein, wo Daten auch in dieser Form entstehen.

4. Level Playing Field

- Versicherungsunternehmen dürfen keine Nachteile gegenüber nichtregulierten Unternehmen entstehen
- Finanzinformationsdienste sollten zum Datenteilen verpflichtet werden.
- Es sollte geprüft werden, ob für sogenannte „Gatekeeper“ eine Beschränkung analog dem EU-Datengesetz erforderlich ist.
- Damit dem Finanzsektor kein struktureller Wettbewerbsnachteil entsteht, sollten auch andere Sektoren Datenräume einrichten.

5. Behörden und Aufsicht

- Die Verhältnismäßigkeit der Bußgeldvorschriften und die Notwendigkeit der öffentlichen Bekanntmachung von Verstößen sollten überprüft werden.
- Die Versicherungsaufsicht EIOPA muss neben EBA und ESMA konsequent eingebunden werden.

6. Implementierung

- Die offenen Fragen zur Standardisierung und Normung im EU-Kontext müssen adressiert werden.
- Die Frist zur Anwendung der Verordnung sollte auf 36 Monate verlängert werden sowie auf 24 Monate für die Bestimmungen aus Artikeln 9 bis 13.

7. Wechselwirkung mit datenschutzrechtlichen Vorschriften

- Offene Fragen der Erlaubnis in Bezug auf bestehende Regelungen der DSGVO müssen geklärt werden.
- Auswirkungen der datenschutzrechtlichen Einwilligung im Dashboard sind nicht klar abgegrenzt.

Im Einzelnen haben wir folgende Anmerkungen:

1. Umsetzung von FiDA im Versicherungsbereich

Über 400 Millionen Versicherungsverträge betroffen

Der derzeitige Gesetzesentwurf hätte erhebliche Auswirkungen auf die deutsche Versicherungswirtschaft. Zunächst umfasst der Anwendungsbereich nahezu die gesamte Kompositversicherung. Es handelt sich dabei um die Sparte mit der höchsten Anbieter- und Produktvielfalt und einer insgesamt sehr heterogenen Zusammensetzung. Im Jahr 2022 zählte sie für den deutschen Markt ca. 343 Millionen Verträge. Die dabei erhobenen Daten sind vielfältig und beinhalten je nach Vertrag Informationen zur Person, Adresse, persönlichem Risiko, versichertem Gegenstand, Schadenhistorie, Obliegenheiten, Beratungsgespräch und Zahlungsmittel. Der Umfang und die Komplexität der Daten sind um ein Vielfaches höher als zum Beispiel im Zahlungsverkehrsbereich nach PSD II.

Auch die Lebensversicherungssparte findet sich mit Versicherungsanlageprodukten (IBIP), Paneuropäischen Privaten Pensionsprodukten (PEPP) und der betrieblichen Altersversorgung (bAV) im Anwendungsbereich der Verordnung. Für das Jahr 2022 beläuft sich die Zahl der kapitalbildenden Verträge in dieser Sparte auf ca. 68 Millionen. Charakteristisch für das Lebensversicherungsgeschäft ist seine Langfristigkeit und damit verbunden die meist mehrere Jahrzehnte dauernde Laufzeit der Verträge.

Spartenunabhängig stellt die Verordnung Anforderungen an den Umfang der zu teilenden Daten. So soll sowohl das Privatkundengeschäft als auch das Firmenkundengeschäft inbegriffen sein. Gleichermaßen finden sich personenbezogene und nicht-personenbezogene Daten, die der Kunde selbst übermittelt hat oder die im Zuge der Kundeninteraktion vom Versicherungsunternehmen generiert wurden, im Anwendungsbereich.

Schrittweise evidenzbasierte Implementierung anstelle eines „Big Bang“

FiDA würde unmittelbar für zwei von drei Versicherungssparten mit über 400 Millionen Verträgen zur Anwendung kommen. Dieser „Big Bang“-Ansatz birgt Risiken für Unternehmen, Partner und Kunden.

Zum einen müssten die Versicherungsunternehmen erhebliche IT-Kosten und personelle Aufwände auf sich nehmen, um die notwendige technische Infrastruktur fristgerecht zu implementieren. Es drohen Engpässe auf Seiten der Unternehmen und IT-Dienstleister, deren IT-Ressourcen und Management-Kapazitäten bereits durch andere Transformationsprojekte (u. a. den Übergang zu „Sustainable Finance“) stark ausgelastet sind.

Neben der Implementierung wäre auch der Betrieb der Schnittstellen und zugrundeliegenden Infrastruktur mit immensen Kosten verbunden. In Anbetracht der betroffenen Versicherungsverträge, zu übermittelnden Datensätze, erforderlichen Echtzeitübertragung und maximalen Nutzeranzahl wäre eine hochgradig skalierbare Infrastruktur erforderlich. Diese müsste unterbrechungsfrei zur Verfügung stehen und gegenüber Manipulation und Angriffen (zum Beispiel DDOS) resilient sein. Eine solche Dateninfrastruktur existiert nicht. Die Einrichtung und der Betrieb wären prohibitiv teuer.

Marktseitig ist dabei zum jetzigen Zeitpunkt völlig unklar, ob und in welchem Umfang überhaupt eine Nachfrage seitens der Privat- oder Firmenkunden für die neuen Datenangebote besteht. Bereits heute besteht die kostenfreie Möglichkeit eines Datentransfers, beispielsweise nach den Grundsätzen der Datenportabilität nach Art. 20 DSGVO.

Es besteht die Gefahr, dass die einzurichtende Infrastruktur nicht durch die Kunden genutzt wird. Die Umsetzungskosten würden dann gänzlich zu Lasten der Unternehmen gehen, denn eine Rückgewinnung ist nur über Gebühren für die Datenweitergabe an Dritte möglich. Ohne Nutzer und einen wiederkehrenden Datenaustausch können folglich auch keine Gebühren erhoben werden.

Den zuvor beschriebenen Herausforderungen kann wirksam begegnet werden, wenn FiDA schrittweise nur für konkret definierte Anwendungsfälle mit greifbarem Kundennutzen umgesetzt wird. Im Zuge dieser Piloten können die Teilnehmer wertvolle Erkenntnisse zum tatsächlichen Nutzungsverhalten und den Grenzen und Möglichkeiten des Datenaustausches sammeln.

Grundsätze der Proportionalität stärker berücksichtigen

Es ist zu begrüßen, dass kleine und mittlere Unternehmen (KMU), die als Dateninhaber auftreten, Erleichterungen bei der Einrichtung der erforderlichen Programmierschnittstellen (APIs) erhalten sollen. Darüber hinaus sollten aber die beträchtlichen finanziellen Belastungen noch stärker berücksichtigt werden, die sich aus der Umsetzung gemeinsamer Datenstandards und der Einrichtung der Berechtigungs-Dashboards gerade für KMU ergeben.

2. Präzisierung des Anwendungsbereichs

Anwendung von FiDA nur auf Neuverträge

FiDA unterscheidet derzeit nicht zwischen neuen und bestehenden Verträgen.

Auf Grund des langfristigen Charakters des Versicherungsgeschäfts sind die Policen jedoch häufig auf verschiedene Bestandsführungssysteme und Unternehmensarchive verteilt. Diese Systeme sind nicht dafür ausgelegt, die Daten in einem

standardisierten Format oder über eine einheitliche Schnittstelle zur Verfügung zu stellen.

Eine rückwirkende Anpassung aller von FiDA betroffenen Bestandsverträge an die neuen Anforderungen wäre daher für die Unternehmen mit unverhältnismäßigen Belastungen und großem technischen Aufwand verbunden und würde in keinem Verhältnis zum erwarteten Nutzen von FiDA stehen.

Weiterhin muss berücksichtigt werden, dass ein tiefgreifender technischer Eingriff in bestehende Verfahren, wie ihn FiDA erfordern würde, erhebliche Risiken für die Integrität, Stabilität und Sicherheit der Bestandssysteme zur Folge haben würde.

Ein wesentlicher Beitrag für eine Entlastung der Unternehmen kann erzielt werden, wenn FiDA grundsätzlich nur für das Neukundengeschäft ab Inkrafttreten der Verordnung Anwendung findet.

Engere Definition von „Kundendaten“ im Sinne des Art. 3 Nr. 3

Der FiDA-Entwurf sieht in Art. 3 Nr. 3 eine Definition der Kundendaten vor, wonach neben den personenbezogenen und nicht-personenbezogenen Daten, die vom Kunden übermittelt werden auch solche Daten erfasst werden, die infolge der Interaktion des Kunden mit dem Finanzinstitut generiert werden. Diese Definition ist aus unserer Sicht zu weit, da sie Geschäftsgeheimnisse enthalten kann.

Wettbewerbsensible Informationen und Daten, die auch Geschäftsgeheimnisse beinhalten, entstehen im Versicherungsbereich u. a. dann, wenn Versicherungsunternehmen im Zuge ihrer eigenen Arbeit Daten selbst generieren, analysieren und anreichern. Die Risikoeinschätzung sowie der Schaden- und Leistungsbereich zeichnen sich in hohem Maße durch derart angereicherte Daten aus.

Aus Unternehmenssicht handelt es sich bei den Daten um einen wichtigen Wettbewerbsfaktor und Innovationsmotor, der eng verknüpft mit der jeweiligen individuellen Strategie und dem Portfolio ist. Entsprechend groß ist das Risiko, dass Drittnutzer die geteilten Daten dazu verwenden, durch Reverse-Engineering Rückschlüsse auf die proprietären Modelle der Versicherer zu ziehen.

Eine Bereitstellung dieser Daten für Wettbewerber und andere Marktteilnehmer ist daher nicht geboten, da sie den Dateninhaber beeinträchtigen würde. Es ist aus unserer Sicht daher zu empfehlen, dass der Begriff „Kundendaten“ nur Kundenrohdaten umfasst und alle Daten, die sich aus der Weiterverarbeitung durch die Dateninhaber ergeben, ausschließt. Diese Einschränkung muss auch im Hinblick auf die in Art. 2 Abs. 1 (e) genannten Daten die zur Ermittlung der Wünsche und Bedürfnisse sowie Daten, die zur Beurteilung der Eignung und Zweckmäßigkeit erhoben werden, gelten.

Die Definition der Kundendaten sollte sich zudem am Anwendungsbereich des Rechtes auf Datenübertragbarkeit nach Art. 20 DSGVO orientieren. Danach besteht dieses Recht hinsichtlich der personenbezogenen Daten, die die betroffene Person (Kunde) dem Verantwortlichen zur Verfügung gestellt hat. Auch für nicht-personenbezogene Daten sollte dieser Gedanke entsprechend gelten.

Keine Teilung besonderer Kategorien personenbezogener Daten sowie Ausschluss der Unfallversicherung

Da die Kommission in der Datenteilung zu Produkten der Krankenversicherung sowie der Lebensversicherung mit Ausnahme von IBIPs, PEPPs und Produkten der betrieblichen Altersvorsorge besondere Risiken für die Kunden sieht, schließt der FiDA-Entwurf diese Produkte vom Anwendungsbereich aus. Der Ausschluss erscheint vor allem deshalb sinnvoll, weil im Rahmen dieser Produkte typischerweise in großem Umfang besondere Kategorien personenbezogener Daten im Sinne von Art. 9 DSGVO verarbeitet werden.

Dies gilt genauso für die deutsche Unfallversicherung³, denn es handelt sich hierbei um ein Produkt, bei dem typischerweise – insbesondere im Leistungsfall – in erheblichem Umfang sensible personenbezogene Daten verarbeitet werden. Die Überlegungen, die für die Krankenversicherung und die von FiDA-Entwurf nicht erfassten Teile der Lebensversicherung (z. B. Risikolebensversicherung, Berufsunfähigkeitsversicherung) gelten, greifen auch hier. Diese Bewertung zeigt sich z. B. darin, dass in Deutschland besondere Geheimhaltungspflichten nach § 203 StGB für die Lebens-, Kranken und Unfallversicherung gelten. Auch Erwägungsgrund 19 des FiDA-Entwurfs sieht in der deutschen Fassung eine Gleichbehandlung von Unfallversicherungen mit Kranken- und Lebensversicherungen vor. Dies sollte auch im Gesetzestext abgebildet werden.

Besondere Kategorien personenbezogener Daten, wie beispielsweise Gesundheitsdaten, werden aber auch in den anderen Schadensparten – teils ebenfalls in großem Umfang – verarbeitet.

So sind zum Beispiel in der allgemeinen Haftpflichtversicherung und der Kraftfahrthaftpflichtversicherung häufig Personenschäden zu regulieren. Dabei fallen Gesundheitsdaten im Sinne des Art. 9 DSGVO an. Auch in der Rechtsschutzversicherung können vielfältige nach Art. 9 DSGVO geschützte Daten eine Rolle spielen. Auch hier muss dem besonderen Schutzbedarf der Daten Rechnung getragen werden. Denn ein Verlust dieser Daten bei der Datenteilung oder eine zweckwidrige Verwendung durch einen Empfänger kann zu erheblichen Nachteilen für die Kunden führen.

³ Die deutsche private Unfallversicherung leistet vorrangig eine Kapital- oder Rentenleistung, wenn ein Unfall dauerhafte geistige oder körperliche Beeinträchtigungen nach sich zieht oder zum Tod führt. Sie greift rund um die Uhr und weltweit.

Besondere Kategorien personenbezogener Daten sollten daher generell aus dem Anwendungsbereich des FiDA-Entwurfs ausgenommen werden. Darüber hinaus sollte auf Grund des besonderen Charakters der Unfallversicherung diese analog der Leben- und Krankenversicherung vom Entwurf ausgenommen werden.

Keine Teilung von Daten Dritter

Versicherer verarbeiten nicht nur die Daten ihrer Kunden, sondern häufig auch die Daten Dritter. So geht es zum Beispiel in der Haftpflichtversicherung nie um den Schaden des Kunden, also des Versicherungsnehmers, sondern einer dritten Person, die vom Versicherungsnehmer geschädigt wurde. In der Rechtsschutzversicherung werden Daten des Prozessgegners gespeichert. Eine Zustimmung zur Übermittlung der Daten, die ein Kunde über das Dashboard erteilt, kann diese Datenverarbeitung nicht rechtfertigen. Die Übermittlung schadenfallbasierter Daten des Kunden ist auch nicht sinnvoll, da diese immer nur eine spezielle Situation abbilden und für den Kunden für künftige Schadenfällen nicht aussagekräftig ist.

Es ist in der Praxis für Versicherungsunternehmen kaum zu prüfen, ob ein datenschutzrechtlicher Rechtfertigungsgrund für die Übermittlung personenbezogener Daten des Dritten an den Kunden oder gar an einen anderen Anbieter (Datennutzer) vorliegt. Außerdem können auch außerhalb des Anwendungsbereichs der DSGVO Unternehmensdaten Dritter betroffen sein. Dies können Geschäftsgeheimnisse sein oder andere Informationen, mit deren Verwertung durch andere der Dritte nicht einverstanden ist.

Gleiches gilt für alle Fälle, bei denen Versicherungsnehmer und versicherte Person auseinanderfallen, wie es insbesondere bei der betrieblichen Altersvorsorge geradezu angelegt ist.

Daher sollten die Daten Dritter generell vom Anwendungsbereich ausgenommen werden. Der Begriff „Kundendaten“ sollte so definiert werden, dass dieser nur die Daten der Versicherungsnehmer erfasst.

3. Ausgestaltung des Datentransfers

Stärkerer Schutz der Geschäftsgeheimnisse

Die Bedeutung der Daten als Wettbewerbsfaktor, etwa im Hinblick auf Innovationsanreize für neue Versicherungslösungen oder Investitionen in die Kundenbindung, sollte durch den FiDA-Entwurf noch stärker berücksichtigt werden.

Das Teilen von unternehmensinternen Daten über Tarifierung sowie Schadenverläufe oder Schadenabwicklung berührt beispielsweise die Geschäftsinteressen der Unternehmen. Vor allem Daten der Schadenregulierung sind Grundlage für die

Kalkulation der Tarife und damit in besonderem Maße wettbewerbsrelevant. Preisunterschiede resultieren gerade auch aus den unterschiedlichen Daten, so dass auch kartellrechtliche Aspekte zu berücksichtigen sind. Die Weitergabe dieser Daten würde sich auch mit Blick auf die Betrugsermittlung und -prävention sowie die Geldwäscherkennung/-prävention negativ auswirken. Solche Daten sollten von der Pflicht zur Weitergabe befreit werden.

Der GDV empfiehlt darüber hinaus eine Angleichung an die Bestimmungen zum Schutz der Geschäftsgeheimnisse aus dem EU-Datengesetz (Art. 5 Abs. 8, 8a, 8b 2022/0047 COD). Das EU-Datengesetz sieht vor, dass Geschäftsgeheimnisse nur geteilt werden müssen, wenn sich Dateninhaber und Datennutzer zuvor über die erforderlichen technischen und organisatorischen Schutzmaßnahmen geeinigt haben. In besonderen Fällen kann der Dateninhaber die Herausgabe trotzdem ablehnen, sofern er nachweist, dass ihm durch die Offenlegung erheblicher wirtschaftlicher Schaden entstehen könnte.

Dieses Vorgehen stünde in Einklang mit Erwägungsgrund 47, der auf die horizontalen Bestimmungen aus dem EU-Datengesetz verweist.

Angemessene Kompensation für die Bereitstellung der Daten

Im aktuellen Gesetzesentwurf wird der Dateninhaber stark belastet. Er muss an der Normierung mitwirken, Schnittstellen implementieren, Dashboards bereitstellen und die Daten aufbereiten und teilbar machen.

Umso wichtiger ist daher, dass sich der Dateninhaber auf eine flexible und rechtsichere Regelung zur Vergütung der Daten verlassen kann. In diesem Zusammenhang ist zu begrüßen, dass in FiDA wichtige Grundsätze für die gemeinsame Nutzung von Daten festgelegt werden, wie zum Beispiel die Kompensation für die Zugänglichmachung von Daten. Allerdings ist es aus unserer Sicht entscheidend, dass jegliche Vergütung das breite Spektrum notwendiger Maßnahmen und vorheriger Investitionen in die Datenaufbereitung widerspiegelt und nicht nur im Rahmen eines Systems ein Modell zur Festlegung der maximalen Vergütung erarbeitet werden muss. Aus Sicht des GDV sollte daher explizit auf die Bestimmungen im EU-Datengesetz zur Vergütung der Daten (Art. 9 2022/0047 COD) sowie auf weitere einschlägige Normen wie z. B. das Datenbankenurheberrecht im Sinne der Richtlinie 96/9/EG verwiesen werden. Dieses Vorgehen stünde in Einklang mit Erwägungsgrund 47, der auf die horizontalen Bestimmungen aus dem EU-Datengesetz verweist.

Präzisierung der Datentransferbedingungen und keine FiDA-spezifischen Haftungsregime

Die Rechtssicherheit für den geregelten Datentransfer sollte im Entwurf noch weiter gestärkt werden. Das setzt zum einen voraus, dass die vorgegebenen Qualitätsstandards für Daten verfügbar sind, um bestimmbare Anforderungen im Sinne von Art. 10 Nr. 1 i) sicherzustellen. Zum anderen müssen die Anforderungen an die erlaubten Zwecke der Datenbereitstellung klar definiert werden, um eine missbräuchliche Verwendung ausschließen zu können.

Soweit jedoch FiDA Sorgfaltspflichtmaßstäbe regelt, sollten keine spezifischen Haftungstatbestände oder eigenen Streitbeilegungsmechanismen geregelt werden. Der Regelungsgegenstand des Entwurfs ist eingebettet in komplexe vertragliche Rechte und Pflichten, so dass die Vereinbarkeit mit Haftungsregimen auf nationaler und europäischer Ebene gewährleistet werden muss. Das setzt voraus, dass die allgemeinen Grundsätze auch in diesem spezifisch ausgestalteten Themenbereich im Rahmen der allgemeinen Haftungsregime anknüpfen, um die Kohärenz der verschiedenen Rechtsbereiche zu gewährleisten. Hier ist zu berücksichtigen, dass insbesondere bei der Schaden-/Unfallversicherung für Verbraucher und kleine und mittlere Unternehmen nationale bzw. auf inländische Risiken beschränkte Deckungskonzepte vorherrschen und daher nationales Recht der Produktgestaltung unmittelbar zugrunde liegt.

Kontinuierliche Echtzeitdatenlieferung nur dort, wo Daten in dieser Form entstehen

Der FiDA-Verordnungsvorschlag sieht bei der Datenbereitstellung sowohl an den Kunden als auch an dritte Parteien vor, dass die Datenlieferung kontinuierlich und in Echtzeit erfolgen soll.

Diese pauschale Anforderung ist für weite Teile des Versicherungsgeschäftes unpassend und nicht realisierbar. Der Grund dafür ist, dass Daten im Versicherungsgeschäft überwiegend punktuell zu bestimmten Ereignissen bzw. Stationen entlang des Vertragslebenszyklus erhoben werden. Beispiele dafür sind u. a. der Vertragsabschluss, die Änderung von Stammdaten, die Meldung eines Schadens oder die jährliche Standmitteilung in der Lebensversicherung.

Der Kommissionsentwurf hat sichtlich Datenarten aus der PSD 2 vor Augen. Versicherungsdaten sind damit jedoch nicht gleichzusetzen. Im Bereich der Zahlungsabwicklung sind elektronische Daten häufig bereits vorhanden und können einfach zugänglich gemacht werden. Im Gegensatz dazu bestehen „Versicherungsdaten“ aus einer komplexen Mischung sehr unterschiedlicher Daten, die sehr heterogener Natur sind.

Die Einrichtung einer Schnittstelle, die Daten kontinuierlich und in Echtzeit liefert, ist daher unnötig, da die zugrundeliegenden Daten nicht in Echtzeit entstehen. Die Unternehmen würden so mit vermeidbaren Mehraufwänden und Kosten belastet werden.

Aus Sicht des GDV kann sich die kontinuierliche Datenlieferung in Echtzeit nur auf solche Fälle erstrecken, bei denen die Daten auch kontinuierlich und in Echtzeit generiert werden.

4. Level Playing Field

Die durch FiDA vorgesehene gesetzliche Öffnung der Kundenschnittstelle stellt einen signifikanten Eingriff in die bestehenden Marktstrukturen dar.

Vor diesem Hintergrund begrüßt der GDV, dass der Datenaustausch nach FiDA nur beaufsichtigten Finanzunternehmen oder solchen, die eine Lizenz als Finanzinformationsdienstleister (FISP) erwerben, zur Verfügung steht. Ebenso begrüßen wir es zur Praktikabilität und Umsetzbarkeit der Regulierung ausdrücklich, dass der Entwurf für Finanzinformationsdienste eine flexible Absicherung ohne Pflichtversicherung vorsieht, denn gerade für neue Risiken steht ausreichende Versicherungskapazität erfahrungsgemäß oft nicht bzw. nicht gleich zur Verfügung.

Unbeschadet davon bestehen auf unterschiedlichen Ebenen noch Lücken im „Level Playing Field“, die geschlossen werden müssen, damit es nicht zu strukturellen Nachteilen für einzelne Teilnehmer kommt.

Auf der Ebene des Versicherers: Versicherungsunternehmen dürfen nach Solvency II kein versicherungsfremdes Geschäft anbieten. Versicherer, die selbst innovative Dienstleistungen auf der Basis von Finanzdaten der Kunden anbieten wollen, sind somit durch Solvency II in den möglichen Geschäftsmodellen eingeschränkt. Drittanbieter, die außerhalb des Versicherungsmarktes agieren, unterliegen diesen Einschränkungen nicht und können mit den Daten der Versicherer Dienstleistungen anbieten, die die Versicherer selbst nicht anbieten dürfen.

Auf der Ebene des Drittanbieters: Probleme können entstehen, wenn Drittanbieter außerhalb des Versicherungsmarktes mit Zustimmung des Kunden Daten erhalten können, ohne selbst zur Datenweitergabe verpflichtet zu sein. Derzeit ist vorgesehen, dass die Anbieter von Finanzinformationsdiensten als reine Datennutzer Daten empfangen können, aber umgekehrt keine Daten teilen müssen.

Es besteht somit ein Ungleichgewicht zu etablierten Finanzinstitutionen, die als Dateninhaber die Pflicht haben, Daten bereitzustellen. Um Reziprozität herzustellen, sollten auch Finanzinformationsdienste verpflichtet werden, an der gemeinsamen Datennutzung mitzuwirken und Daten zu teilen.

Auf der Ebene der Gatekeeper: BigTech-Unternehmen stellen aufgrund ihrer Marktdominanz eine besondere Herausforderung dar. So weist die PSD2-Studie⁴ darauf hin, dass der Zugang zu Zahlungskonten zu einem Wettbewerbsungleichgewicht zwischen Banken und PSD2-lizenzierten BigTechs geführt hat. Vor diesem Hintergrund sollte eine Beschränkung für FiDA entsprechend dem EU-Datengesetz (Art. 5 Absatz 2) erfolgen. Das EU-Datengesetz sieht insbesondere vor, dass IoT-Daten nicht mit Gatekeepern geteilt werden dürfen.

Auf einer branchenübergreifenden Ebene: Für viele Unternehmen ist die Kundenschnittstelle ein Wettbewerbsfaktor und Innovationstreiber. Eine gesetzliche Öffnung dieser Schnittstelle ist ein starker Eingriff in bestehende Geschäftsmodelle und Marktstrukturen - vor allem, wenn sie einseitig nur im Finanzsektor vorgenommen wird. Dies schafft ein branchenübergreifendes Ungleichgewicht zu Ungunsten der Finanzunternehmen.

5. Behörden und Aufsicht

Verhältnismäßige Sanktionen und verantwortlicher Umgang mit der Bekanntgabe von Behördenentscheidungen

Der Verordnungsvorschlag sieht in Art. 20 ff. Sanktionen vor. Unstrittig ist, dass der umfangreiche Datenzugang und -austausch einen Sanktionsmechanismus benötigt.

Die im Gesetzesentwurf geplanten Maßnahmen sind in ihrem Umfang, ihrer Härte und ihrer Tragweite jedoch unverhältnismäßig strikt. Ein Ergebnis davon könnte sein, dass sich kein nachhaltiger Datenaustausch entwickelt, weil Dateninhaber und Datennutzer das Risiko eines Verstoßes als zu groß einschätzen.

Im Einzelnen sollten die Rückforderung der Gewinne nach Art. 20 Abs. 3 (c) sowie die Festsetzung der maximalen Schadenhöhe nach Art. 20 Abs. 3 (e) überprüft werden. Die zeitweise Sperre bei der Ausübung einer Management-Funktion in einem Finanzinformationsdienst, die auf bis zu 10 Jahre angehoben werden kann, erscheint ebenfalls sehr weitreichend. Auch die wiederkehrenden Bußgelder nach Art. 21 dürften eher zu einer Risikoaversion als zu Innovationsbereitschaft auf Seiten der Unternehmen führen.

In vielen Fällen wird es sich bei den zu teilenden Daten um personenbezogene Daten handeln, die bereits durch die DSGVO und die darin vorgesehenen Bestimmungen zu Verstößen abgedeckt sind. Da hier Überschneidungen vorliegen, begrüßen wir, dass in Erwägungsgrund 36 und Art. 27 Abs. 5 eine Kooperation der

⁴ op.europa.eu; abgerufen am 18.10.2023

Behörden vorgesehen ist. Es sollte jedoch überprüft werden, ob die weitreichenden Bußgeldvorschriften in FiDA in dieser Form erforderlich sind und nicht bereits durch die DSGVO und das EU-Datengesetz hinreichend geregelt werden.

Neben Bußgeldern bei Verstößen gegen unterschiedliche Pflichten der Verordnung soll die zuständige Behörde auch die Befugnis haben, die Behördenentscheidung zu veröffentlichen, um Wiederholungen zu vermeiden. Art. 20 Abs. 3 (a) konkretisiert, dass bei der öffentlichen Bekanntgabe die natürliche oder juristische Person sowie die Art des Verstoßes benannt werden sollen.

Der gesetzgeberische Zweck der Veröffentlichung von Entscheidungen ist aus unserer Sicht fraglich, insbesondere bzgl. der hiervon betroffenen Dateninhaber. Eine solche Veröffentlichung kann zu Reputationsschäden führen, die sich auch auf die Kerntätigkeit der Unternehmen auswirken können. Diese Vorschrift sollte daher gestrichen werden.

Europäische Versicherungsaufsicht konsequent einbinden

FiDA wirkt sich in großem Umfang auf die Versicherungswirtschaft aus. Es ist daher nur folgerichtig, die europäische Versicherungsaufsichtsbehörde EIOPA konsequent einzubinden, da nur sie über die erforderliche Zuständigkeit für den Sektor verfügt. Weiterhin kann EIOPA auf eine langjährige Expertise und ein tiefes Verständnis zur Funktionsweise und den Besonderheiten der Branche zurückgreifen.

Die Zertifizierung der Finanzinformationsdienste, Autorisierung der Systeme zur gemeinsamen Nutzung von Finanzdaten und Streitbeilegung zwischen Behörden sind im jetzigen Entwurf nur bei der EBA und ESMA angesiedelt. Damit die etablierten Zuständigkeiten der europäischen Aufsichtsbehörden nicht unterlaufen werden, sollte EIOPA hier mit eingebunden werden.

6. Implementierung

Offene Fragen zur Standardisierung und Normierung

Der GDV begrüßt, dass die Umsetzung von FiDA gemäß Art. 10 Nr. 1 (g) maßgeblich durch die Marktteilnehmer im Rahmen von Systemen für den Austausch von Finanzdaten (FDSS) erfolgen soll. Die Teilnehmer erhalten so die Möglichkeit, ihre Expertise in den Prozess einzubringen und praxisgerechte Lösungen zu entwickeln.

Die benötigte Vereinheitlichung ist aber dennoch eine Herausforderung, insbesondere falls diese EU-weit erfolgen soll. So weist EIOPA beispielsweise explizit darauf hin, dass „Pension Tracking“ besser national geregelt wird, da die Altersvorsorgesysteme der Mitgliedstaaten sehr verschieden sind.

Neben der Frage nach einheitlichen Datenformaten stellt sich auch die Frage nach den Datenbezeichnungen. Innerhalb der EU können ähnlich lautende Begriffe wie „Leistungen“ vollkommen verschiedene Auslegungen haben.

In Folge des großen Anwendungsbereichs von FiDA und der Komplexität der Normierung werden vermutlich mehrere parallele FDSS am Markt entstehen. Für Unternehmen bedeutet dies hohe Kosten, da sie dann die Vorgaben mehrfach erfüllen müssen. Noch völlig ungeklärt ist, wie das Zusammenspiel von mehreren FDSS erfolgen soll und wie zum Beispiel die Vergütung erfolgen wird, wenn Dateneinhaber und Datennutzer in unterschiedlichen FDSS' Mitglied sind.

Zur Wirkweise von FiDA in verschiedenen Konstellationen bedarf es daher einer tiefergehenden Analyse. In diesem Zusammenhang sollten auch die Auswirkungen einer groß angelegten Standardisierung von zahlreichen Produktmerkmalen auf die Produktvielfalt und den Wettbewerb betrachtet werden.

Mehr Vorlaufzeit für Unternehmen

Auf Grund der von der EU-Kommission vorgesehenen weitreichenden Anwendung von FiDA auf den Versicherungsbereich benötigen die Unternehmen in jedem Fall eine ausreichende Vorlaufzeit für die Implementierung.

Die in Art. 36 vorgesehenen Fristen sollten daher für die gesamte Verordnung von derzeit 24 Monaten auf 36 Monaten sowie für Art. 9 bis 13 von derzeit 18 Monaten auf 24 Monaten verlängert werden.

7. Wechselwirkung mit datenschutzrechtlichen Vorschriften

Die Regelungen in FiDA haben weitreichende Implikationen auf bestehende datenschutzrechtliche Regelungen. In den Unternehmen wurden durch die Einführung der DSGVO Prozesse implementiert, die die Grundlage für die Verarbeitung und Weitergabe von Daten bilden. Gemäß der Intention der DSGVO (Verbot mit Erlaubnisvorbehalt) zielen diese überwiegend auf Beschränkungen von Datenverarbeitung bzw. Teilen von Daten mit Dritten. FiDA stellt dies nun in Frage, ohne den bisherigen Auswirkungen der DSGVO auf die Praxis in Unternehmen hinreichend Rechnung zu tragen.

Insgesamt sind die Wechselwirkungen der FiDA im Kontext der bestehenden Regelungen der DSGVO genauer zu betrachten. Dies gilt insbesondere für die datenschutzrechtliche Legitimation der Datenübermittlung durch den Dateneinhaber auf Antrag nach Art. 4 und 5 FiDA, die Zugriffsberechtigung des Nutzers und die nachfolgende Verarbeitung durch den Nutzer. Unklar ist, was jeweils auf dem Dashboard nach Art. 8 FiDA verwaltet wird und worauf sich ggf. ein Widerruf erstreckt. Ferner sind Diskrepanzen zwischen Datenschutzrecht und FiDA festzustellen, z.B. im Hinblick auf die Verpflichtung zur Löschung nach Art. 6 Abs. 2 Satz

2 FiDA bzw. Art. 17 DSGVO. Zwar betrifft die DSGVO nur personenbezogene Daten, jedoch werden diese in der Praxis in der Regel immer mit betroffen sein, so dass eine unterschiedliche Betrachtung rechtliche und prozessuale Risiken in den Unternehmen birgt.

Berlin, den 20. Oktober 2023

GDV comments on selected amendments in the EP draft report on FIDA

Introduction

The German insurance industry generally supports the European considerations to promote data-driven finance. We consider the present draft report on FIDA to be largely positive. However, we also see potential for improvement in some areas. Therefore, we present our suggestions in Chapter I. In Chapter II, we explain which changes we perceive as improvements, and which should therefore be retained.

Chapter I: GDV suggestions

AM 15

(17) As this Regulation is meant to oblige financial institutions to provide access to defined categories of data at the **expressed** request of the customer when acting as data holders, and allow the **access to and re-use** of data based on customer **explicit** permission when financial institutions act as data users, it should provide a list of the financial institutions that may act as either a data holder, a data user or both. Financial institutions should therefore be understood to mean those entities that provide financial products and financial services or offer relevant information services to customers in the financial sector. **A data user should be able to receive any category of customer data listed in Article 2(1) of this Regulation and does not become a data holder by virtue of accessing or otherwise receiving customer data from a data holder.**

→ The EP's amendment clarifies that data users do not automatically become data holders through data access and data processing. This is particularly relevant for financial information service providers, as only they have the privilege of being able to act as pure data users.

→ However, this regulation **disadvantages data holder compared to data user** and should therefore be changed.

→ To ensure reciprocity and a level playing field, financial information service providers should also be obliged to participate in data sharing and to share data.

AM 23

(29) To ensure that data holders have an interest in **investing in** and providing high quality interfaces for making data available to data users, **while at the same time avoiding excessive burdens on access to and the use of data which make data access no longer commercially viable**, data holders should be able to request reasonable compensation from data users for **costs incurred in providing access to the data, including the costs related to putting in place and maintaining** application programming interfaces. Facilitating data access against compensation would ensure a fair distribution of the related costs between data holders and data users in the data value chain. In cases where the data user is an SME, proportionality for smaller market participants should be ensured by limiting compensation strictly to the costs incurred for facilitating data access, **while ensuring that there are sufficient incentives to foster market adoption and effective competition**. The model for determining the level of compensation should be defined as part of the financial data access schemes as provided in this Regulation. **In accordance with Regulation (EU) [XXXX/XXXX] (Data Act), the Commission should adopt guidelines on the calculation of reasonable compensation.**

→ In principle, the provisions for data exchange between data holder and data user should be defined in the agreed schemes for the sharing of financial data (Art. 9 et seq.). Regarding **compensation**, Art. 10 para. 1 lit. h provides for certain principles that data holder and data user must follow.

→ The extent to which these principles are consistent with the Commission's power to issue guidelines for the calculation of appropriate compensation for the exchange of data is debatable.

→ In any case, it should be ensured that the Commission's guidelines do not restrict the **contractual freedom** of data holder and data user.

AM 38

4a. The Commission is empowered to adopt delegated acts in accordance with Article 30 to supplement the list of categories of customer data in scope of this Regulation set out in paragraph 1 of this Article to allow potential other use cases in the interest of customers and after consultation with the European Supervisory Authorities.

→The draft report proposes that the European Commission, after consulting the ESAs, should have the option of **supplementing** the **list** of categories of customer data contained in Art. 2 (1) that fall within the scope of the Regulation by means of delegated acts to potentially enable **other use cases**. This takes into account the fact that the future areas of application of the Regulation are not yet clear.

→However, this lack of clarity should also be considered in such a way that the Commission can **restrict** the list of categories of customer data **by means of delegated acts and thus**

exclude use cases. It is not yet clear which financial data will be required by consumers. Nevertheless, insurance companies will have to bear considerable IT costs and personnel expenses to implement the necessary technical infrastructure for all use cases on time. There is a risk of shortages on the part of companies and IT service providers. A gradual introduction managed by the Commission in coordination with the ESAs would lead to significant relief and avoid expenses that later may prove to be pointless.

AM 43

(3) ‘customer data’ means personal and non-personal data that is collected, stored and otherwise processed by a financial institution as part of its normal course of business **and existing direct relationship with its customers in connection with its authorised activities.** This covers both data provided by a customer and data generated as a result of customer interaction with the financial institution;

→ In addition to the positive limitation of data to data resulting from the existing direct relationship with the customer and thus excluding third-party data from the scope of application, it should also be clarified that **data generated** by the data holder does **not fall under the scope of application.**

→ Conversely, it should be explicitly defined that only the data that the customer has made available to the data holder is part of the scope of application.

AM 55 in connection with AM 56

The data holder shall, upon request from a customer submitted by electronic means, make the **readily available** data listed in Article 2(1) available to the customer **via an online or mobile customer interface in an easily readable format**, without undue delay, free of charge, **and where relevant and technically feasible**, continuously and in real-time.

→ The positive clarifications in the amendment to Art. 4 para. 1 should also be included in Art. 5 para. 1 sentence 2 to ensure a consistent approach.

→ Otherwise, there is no recognisable reason why the data holder should make the data available to the data user in any other way than to the customer himself.

AM 77

In accordance with Article 16 of Regulation (EU) No 1093/2010, the European Banking Authority (EBA) shall develop guidelines on the implementation of paragraph 1 of this Article for products and services related to the credit score of the consumer, **to mortgage credit agreements, to the provision of payment services and to investment products.**

→ The proposed amendment empowers the EBA to issue guidelines on Art. 7 par. 1 FiDA, including a.o. on mortgage credit contracts and investment products. This also includes fund-linked life insurance policies. It is therefore not the EBA's sole responsibility. In

addition to the EBA, **the EIOPA should also be authorised** to address the specific issues of insurance companies and not focus exclusively on the concerns of banks.

AM 78

3. The European Insurance and Occupational Pensions Authority (EIOPA) shall develop **draft regulatory technical standards** on the implementation of paragraph 1 of this Article for products and services related to risk assessment and pricing of a consumer in the case of life, health and sickness insurance products. **To avoid certain consumers becoming unable to access insurance due to overly granular risk assessments, those regulatory technical standards shall include provisions on how data may be used to avoid excessive granularity that undermines the "risk sharing" principle of insurance. The EIOPA shall submit the draft regulatory technical standards referred to in the first subparagraph to the Commission by ... [XX]. Power is delegated to the Commission to supplement this Regulation by adopting the regulatory technical standards referred to in the first subparagraph of this paragraph in accordance with Articles 10 to 14 of Regulation (EU) No 1093/2010.**

→ To ensure the purpose specification within the meaning of Art. 7 (1), Art. 7 (3) stipulates that EIOPA shall develop guidelines for the use of data from the financial data space for risk assessment and pricing of life and health insurance products. According to the draft report, however, the EU Commission's **Regulatory Technical Standards** are planned, for which EIOPA is only preparing drafts. As products and market requirements change quickly and EIOPA has the necessary overview and expertise, **the guidelines would be the better instrument**. In this respect, the Commission draft should be retained.

→ The draft report adds the following **new sentence**: *„To avoid certain consumers becoming unable to access insurance due to overly granular risk assessments, those regulatory technical standards shall include provisions on how data may be used to avoid excessive granularity that undermines the "risk sharing" principle of insurance.“*

→ We suggest **deleting the sentence**, because unlike social insurance, private insurance is not about a systematic redistribution between people with high and low risks. One of the fundamental principles of private insurance is the orientation of the premium to be paid in relation to the risk or the expected benefit from the insurance contract. Risk-relevant factors therefore have an impact on the decision to take out an insurance policy and the level of premiums. Higher premiums or, in extreme cases, exclusion from insurance cover are therefore not unlawful discrimination, but a permitted and justified differentiation.

Chapter II: Amendments which we suggest retaining.

The following amendments are particularly welcome and should be retained:

Scope

- Limiting the scope of the data to be shared by also excluding from the scope of application the data on health care of a member or beneficiary in the context of occupational pension schemes (AM 7)
- Not applying the Regulation to special categories of data within the meaning of Article 9(1) of Regulation (EU) 2016/679 (AM 36)
- Limiting the definition of customer data, as the data is collected, stored and otherwise processed by the financial institution as part of the existing direct relationship with its customers in connection with its authorised activities. In our understanding, this means that third-party data is not covered by the scope of application (AM 43)

Authorised participants

- Exclusion of gatekeepers as data users (AMs 9, 57, 73, 128)
- Exclusion of companies as FISPs and thus as data users if they operate from third countries and have no establishment in the EU (AMs 26, 59, 29, 131, 132)

Data processing

- Clear rules for the use and availability of data (AM 19):
 - An explicit request from the customer for data sharing is required (AMs 9, 15, 56, 60)
 - The data holder may only make the customer data available for the purposes and under the conditions for which the customer has explicitly granted permission to a data user. (AMs 9, 19)
 - Only make the data available to the data user continuously and in real time by the data holder if this is relevant and technically feasible (AMs 19, 55, 56)
 - Data is only to be shared if it is available to the data holder in digital form (AMs 19, 55)
- Use of the data by the data user only for the agreed purpose; clarification that these purposes under this Regulation should be strictly limited to the provision of a financial product, financial service or financial information service (AMs 9, 19, 60)
- Stronger protection of business secrets by clarifying that the data user should not only respect but also protect business secrets and by referring to the Directive on the Protection of Business Secrets (AMs 7, 52, 58, 67)

Compensation

- Detailed rules on compensation for the deployment of interfaces in line with the Data Act and thereby guaranteeing appropriate compensation for the provision of data (AM 23). However, the Commission's power to issue guidelines should ensure that the contractual freedom of data holder and the conditions for data sharing in the schemes are not restricted, see AM 23 above.

Miscellaneous

- The equal naming of all supervisory authorities (ESAs) (AM 28), although this is not implemented in the entire regulation, see AM 77
- The possibility of utilising existing national pension tracking schemes in Germany for pension information to avoid duplication of data management costs (AM 14)

Chapter I: GDV suggestions

Text proposed by the Commission	Amendment 02/02/2024	GDV comment
	<p>Amendment 188 Frances Fitzgerald</p> <p><i>(16 a) Data required to conduct Know-Your-Customer (KYC) processes by financial firms, including small and medium enterprises, can be valuable when onboarding new customers. Therefore, the sharing of such data should significantly contribute to lowering barriers to switching providers and therefore result in increased competition and innovation for financial products and services to the benefit of customers.</i></p> <p>Amendment 256 Frances Fitzgerald</p> <p><i>(fa) non-sensitive categories of data used by data holders to meet Know-Your-Customer (KYC) requirements for business customers.</i></p>	<p>The amendment would bring data from know-your-customer (KYC) processes within the scope of the FiDA Regulation.</p> <p>There would be significant risks associated with this approach, as the KYC data could include confidential or sensitive customer data. Furthermore, data sharing could disclose confidential company information on the structure and operation of the KYC processes, thus rendering them ineffective.</p> <p>We suggest not to include this amendment.</p>
	<p>Amendment 190 Eero Heinäluoma, Jonás Fernández,</p>	<p>The amendment replaces the guidelines with Regulatory Technical Standards (RTS). As</p>

Text proposed by the Commission	Amendment 02/02/2024	GDV comment
<p>(19) The data use perimeter thus established in this Regulation and in the accompanying guidelines (<i>‘the guidelines’</i>) to be developed by the European Banking Authority (EBA) and the European Insurance and Occupational Pensions Authority (EIOPA) should provide a proportionate framework on how personal data related to a consumer that falls within the scope of this Regulation should be used. The data use perimeter ensures consistency between the scope of this Regulation, which excludes data that forms part of a creditworthiness assessment of a consumer as well as data related to life, health and sickness insurance of a consumer, and the scope of the guidelines, which set recommendations on how types of data originating from other areas of the financial sector that are in scope of this Regulation can be used to provide these products and services. The guidelines developed by the EBA should set out how other types of data that are in scope of this Regulation can</p>	<p>Costas Mavrides, Alfred Sant, Aurore Lalucq</p> <p>(19) The data use perimeter thus established in this Regulation and in the accompanying regulatory technical standards to be developed by the European Banking Authority (EBA) and the European Insurance and Occupational Pensions Authority (EIOPA) should provide a proportionate framework on how personal data related to a consumer that falls within the scope of this Regulation should be used. The data use perimeter ensures consistency between the scope of this Regulation, which excludes data that forms part of a creditworthiness assessment of a consumer as well as data related to life, health and sickness insurance of a consumer, and the scope of the regulatory technical standards which set recommendations on how types of data originating from other areas of the financial sector that are in scope of this Regulation can be used to provide these products and services.</p>	<p>products and market requirements change quickly and EIOPA has the necessary overview and expertise, the guidelines would be the better instrument. In this respect, we suggest retaining the Commission draft.</p>

Text proposed by the Commission	Amendment 02/02/2024	GDV comment
<p>be used to assess the credit score of a consumer. The guidelines developed by EI-OPA should set out how data in scope of this Regulation can be used in products and services related to risk assessment and pricing in the case of life, health and sickness insurance products. The guidelines should be developed in a manner that is aligned to the needs of the consumer and proportionate to the provision of such products and services.</p>		
	<p>Amendment 227 Ville Niinistö</p> <p><i>This Regulation shall not affect the right of a customer to receive financial services and/or products without any additional costs from providers listed in article 2(2), shall they not avail themselves to the permission dashboard of article 8, or otherwise enable financial data sharing under the proposal. For the purposes of the implementation of this paragraph, the burden of proof shall lie with the data user.</i></p>	<p>The amendment states that customers should have the right to receive financial services without any additional costs when not participating in FiDA.</p> <p>While we are supportive of the view that customers not participating in FiDA should still have access to financial services, we believe that the requirement to do so at the same cost is not feasible.</p> <p>According to the EU Commission, the goal of FiDA is to “speed up adoption of data-driven business models” so that customers “which want to do so would be able to access</p>

Text proposed by the Commission	Amendment 02/02/2024	GDV comment
		<p>personalised, data-driven products and services that may better fit their specific needs”.</p> <p>Thus, any benefits derived for the customers from participating in FiDA are directly correlated with data sharing. Transferring these benefits to non-FiDA services would be a strong intervention in companies’ business models and could also lead to incentive problems.</p>
	<p>Amendment 257 Isabel Benjumea Benjumea</p> <p><i>f bis) e) productos de seguro de vehículos;</i></p>	<p>The explicit mention of motor insurance is not necessary as Art. 2 (1) (e) in the Commission proposal already lists the non-life business, which includes motor insurance.</p>
<p>The data holder shall, upon request from a customer submitted by electronic means, make the data listed in Article 2(1) available to the customer without undue delay, free of charge, continuously and in real-time.</p>	<p>Amendment 345 Ville Niinistö</p> <p>The data holder shall, upon request from a customer submitted by electronic means or in an analogue format, make the data listed in Article 2(1) available to the customer without undue delay, free of charge, continuously and in real-time.</p>	<p>The amendment provides that customers may also request the data from the data holder by submitting it in an analogue format.</p> <p>We would suggest refraining from this amendment as it is not practical and rather impossible for companies to fulfil.</p> <p>Firstly, the acceptance, administration and storage of requests in an analogue format leads to disproportionate administrative</p>

Text proposed by the Commission	Amendment 02/02/2024	GDV comment
		<p>efforts and bureaucracy on behalf of the data holders.</p> <p>Secondly, there is also an asynchrony between the media, as the user may make requests by analogue means, whilst the data holder is obliged to make the data available without undue delay, free of charge, continuously and in real time. In practice, these requirements can only be met by the data holder if the data is transmitted to the customer electronically.</p>
<p>3. In accordance with Article 16 of Regulation (EU) No 1094/2010, the European Insurance and Occupational Pensions Authority (EIOPA) shall develop guidelines on the implementation of paragraph 1 of this Article for products and services related to risk assessment and pricing of a consumer in the case of life, health and sickness insurance products.</p>	<p>Amendment 398 Frances Fitzgerald</p> <p>3. In accordance with Article 16 of Regulation (EU) No 1094/2010, the European Insurance and Occupational Pensions Authority (EIOPA) shall develop guidelines on the implementation of paragraph 1 of this Article for products and services related to risk assessment and pricing of a consumer in the case of life, health, motor, home, and sickness insurance products. <i>These guidelines shall include provisions on how data may be used to avoid excessive granularity that undermines the risk sharing</i></p>	<p>Amendment 398 would extend the scope of the guidelines to motor and household insurance. Amendment 399 would in turn add the entire property and casualty segment and also replace the guidelines with RTS.</p> <p>Both amendments also suggest that EIOPA should develop guidelines / RTS to ensure that the principle of risk sharing is not undermined.</p> <p>We suggest refraining from these amendments.</p>

Text proposed by the Commission	Amendment 02/02/2024	GDV comment
<p>3. <i>In accordance with Article 16 of Regulation (EU) No 1094/2010</i>, the European Insurance and Occupational Pensions Authority (EIOPA) shall develop <i>guidelines</i> on the implementation of paragraph 1 of this Article for products and services related to risk assessment and pricing of a consumer in the case of life, health and sickness insurance <i>products</i>.</p>	<p><i>principle of insurance. EIOPA shall submit the draft guidelines referred to in the first subparagraph to the Commission by ... [XX].</i></p> <p>Amendment 399 Eero Heinäluoma, Jonás Fernández, Costas Mavrides, Aurore Lalucq</p> <p>3. The European Insurance and Occupational Pensions Authority (EIOPA) shall develop <i>draft regulatory technical standards</i> on the implementation of paragraph 1 of this Article for products and services related to risk assessment and pricing of a consumer in the case of <i>non-life</i>, life, health and sickness insurance <i>products. To avoid certain consumers becoming unable to access insurance due to overly granular risk assessments by insurers, these regulatory technical standards shall include provisions on how data may be used to avoid excessive granularity that undermines the "risk sharing" principle of insurance.</i></p>	<p>Firstly, we do not consider the extension of the data perimeter to the entirety of or parts of the property and casualty business to be necessary. According to the EU commission (recital 18), only health, sickness and life insurance see an elevated risk, which is addressed by the data perimeter. The addition of the property and casualty we consider therefore unjustified.</p> <p>Furthermore, the separate guidelines / RTS on the admissibility of certain data in the risk determination and pricing of insurance products represent a significant intervention in insurers' business models.</p> <p>Unlike social insurance, private insurance is not about a systematic redistribution between people with high and low risks. One of the fundamental principles of private insurance is the orientation of the premium paid in relation to the risk or the expected benefit from the insurance contract. Risk-relevant factors therefore have an impact on the decision to take out an insurance policy and the level of premiums. Higher premiums or, in extreme cases, exclusion from insurance cover are</p>

Text proposed by the Commission	Amendment 02/02/2024	GDV comment
		therefore not unlawful discrimination, but a permitted and justified differentiation.
<p>3. In accordance with Article 16 of Regulation (EU) No 1094/2010, the European Insurance and Occupational Pensions Authority (EIOPA) shall develop guidelines on the implementation of paragraph 1 of this Article for products and services related to risk assessment and pricing of a consumer in the case of life, health and sickness insurance products.</p> <p>3. In accordance with Article 16 of Regulation (EU) No 1094/2010, the European Insurance and Occupational Pensions Authority (EIOPA) shall develop guidelines on the implementation of paragraph 1 of this Article for products and services related to risk assessment and pricing of a consumer in the case of insurance products different from insurance-based investment products.</p>	<p>Amendment 401 Marco Zanni, Valentino Grant, Antonio Maria Rinaldi</p> <p>3. In accordance with Article 16 of Regulation (EU) No 1094/2010, the European Insurance and Occupational Pensions Authority (EIOPA) shall develop guidelines on the implementation of paragraph 1 of this Article for products and services related to risk assessment and pricing of a consumer in the case of insurance products different from insurance-based investment products.</p> <p>Amendment 402 Fabio Massimo Castaldo</p> <p>3. In accordance with Article 16 of Regulation (EU) No 1094/2010, the European Insurance and Occupational Pensions Authority (EIOPA) shall develop guidelines on the implementation of paragraph 1 of this Article for products and services related to risk assessment and pricing of a consumer in the case of</p>	<p>We do not consider the extension of the data perimeter to the entirety of or parts of the property and casualty business to be necessary. According to the EU Commission, only health, sickness and life insurance see an elevated risk, which is addressed by the data perimeter. The addition of the property and casualty we consider therefore unjustified.</p>

Text proposed by the Commission	Amendment 02/02/2024	GDV comment
<p>the case of <i>life, health and sickness</i> in- surance products.</p>	<p>insurance products <i>different from insur- ance-based investment products</i> .</p>	
	<p>Amendment 403 Eero Heinäluoma, Jonás Fernández, Costas Mavrides, Alfred Sant, Aurore Laluecq</p> <p>3 a. For the purposes of paragraphs (2) and (3) of this article, regulatory technical standards should address:</p> <p>(a) the limits of the combination of ‘customer data’ obtained pursuant to the Proposal with other types of per- sonal data;</p> <p>(b) the explainability, transparency and bias avoidance safeguards needed to be installed when Artificial Intelli- gence tools and algorithms are being deployed, used or trained for any of the purposes mentioned in paragraphs (2) and (3) of this article;</p> <p>(c) the information provision obliga- tions for financial institutions when a</p>	<p>Amendments 403 and 406 foresee several new competencies for EIOPA in areas such as AI, GDPR and RTBF that are already covered by existing regulation or discussions on EU level. This could lead to contradictory regulations and redundancies within the legal framework. The FIDA regulation itself does not contain any rules for RTBF at level 1. In terms of the system, FIDA should not regulate the calculation of insurance premiums, but only how data is technically exchanged within this framework.</p> <p>For this reason, we strongly recommend re- fraining from the amendments 403 and 406.</p> <p>With regards to the “Right To Be Forgotten” (RTBF) we note that there is no European legal obligation for applying a RTBF in non-credit related insurance policies. RTS on application of such a RTBF in FIDA therefore would lack any legal basis.</p>

Text proposed by the Commission	Amendment 02/02/2024	GDV comment
	<p><i>customer is presented with a personalised offer that is based on profiling or other types of automated processing of personal data;</i></p> <p><i>(d) how the ‘right to be forgotten’ of cancer survivors shall be applicable in relation to non-credit related insurance policies, including life and health insurance, in line with article 124 of the 2020/2267 (INI) Report of the European Parliament. This shall also be extended to other chronic diseases and mental conditions.</i></p> <p>Amendment 406 Ville Niinistö</p> <p>...</p> <p><i>(e) how data may be used to avoid excessive granularity that undermines the ‘risk sharing’ principle of insurance.</i></p>	<p>Furthermore, the RTBF is already being implemented through two different EU-projects: 1. A code of conduct that is developed by the European Commission; 2. The revised Consumer Credit Directive. Therefore, FiDA would not be right proposal for addressing the RTBF.</p> <p>Please see our comments on AMs 398, 399, 403.</p>
	<p>Amendment 404 Ville Niinistö</p>	<p>This amendment appears to be redundant to existing EU regulation, as there is already an</p>

Text proposed by the Commission	Amendment 02/02/2024	GDV comment
	<p>3 a. In accordance with Article 10 of Regulation (EU) No 1094/2010, the European Securities and Markets Authority and the European Insurance and Occupational Pensions Authority shall develop regulatory technical standards on the implementation of paragraph 1 of this Article for products and services related to the suitability and appropriateness assessment required under Article 25 of Directive (EU) 2014/65/EU, Article 30 of Directive (EU) 2015/97, and Article 81(1) of Regulation (EU) 2023/1114 of a consumer for submission to the Commission by December 2025.</p>	<p>ordinance for suitability and appropriateness in Article 30 (6) IDD. This resulted in DVO 2017 / 2359.</p>
<p>1. A data holder shall provide the customer with a permission dashboard to monitor and manage the permissions a customer has provided to data users.</p>	<p>Amendment 414 Ondřej Kovařík</p> <p>1. A data holder shall provide the customer with a permission dashboard that is permanently available to the customer to monitor and manage the permissions a customer has provided to data users.</p>	<p>From a technical point of view, permanent availability in the sense of an uninterrupted provision would be unfeasible. The reason for that is that dashboards, like all Internet services, require time windows for scheduled and unscheduled maintenance during which they are not available. This maintenance serves to ensure the stability and security of the applications.</p>

Text proposed by the Commission	Amendment 02/02/2024	GDV comment
		<p>We therefore suppose that “permanent availability” is not meant in a technical sense here and propose reflecting this in the amendment or recital to avoid ambiguity.</p>
	<p>Amendment 432 Eero Heinäluoma, Jonás Fernández, Aurore Lalucq</p> <p><i>3 b. Data holders shall use the European Digital Identity Wallet issued by a Member State as introduced by the proposal amending Regulation (EU) No 910/2014 as regards establishing a framework for a European Digital Identity for consumers to help identify a customer online and authenticate consent for the provision of consumer permissions via the data access permission dashboards.</i></p>	<p>The amendment may be too narrow, as it would require data holders to strictly use the EU ID Wallet for the permission dashboards.</p> <p>This runs counter to the idea of market-driven instruments within FiDA. It also restricts members in their freedom of choice when designing the data sharing schemes.</p> <p>Thus, the EU ID Wallet could be one but not the sole method for identifying and authenticating users of permission dashboards. To reflect this, we suggest modifying the amendment.</p>
<p>Any sharing of data shall be made in accordance with the rules and modalities of a</p>	<p>Amendment 457 Fulvio Martusciello, Herbert Dorfmann</p> <p>Any sharing of data must be made in accordance with the rules and modalities and only</p>	<p>We suppose that the new wording is only applicable for data sharing within the FiDA framework and that data sharing arrangements outside of the FiDA regulation remain unaffected. Otherwise, the amendment would severely restrict contractual freedom, as</p>

Text proposed by the Commission	Amendment 02/02/2024	GDV comment
financial data sharing scheme of which both the data user and the data holder are members.	through a financial data sharing scheme of which both the data user and the data holder are members.	voluntary data sharing agreements would be excluded.
Article 10 – paragraph 1 – subparagraph 1 – point h a (new)	<p>AM 489</p> <p>Frances Fitzgerald</p> <p><i>(h a) Taking into account the level of compensation in the market, in particular regarding the developments in the calculation, the EBA in cooperation with ESMA and EIOPA shall publicly report to the Commission on a yearly basis on the evolution of compensation fees. The Commission shall, if necessary, adopt a delegated act in accordance with Article 30 to address market failures using proportionate and appropriate tools. The EBA, ESMA and EIOPA shall consult data holders and data users upon the drafting of these reports.</i></p>	<p>This amendment corresponds to the amended recital 29 in the ECON draft report, according to which the Commission should be authorised to issue guidelines on the calculation of reasonable compensation.</p> <p>We generally welcome the proposal to use objective facts through annual reports. Nevertheless, some fundamental concerns remain:</p> <p>In principle, the provisions for data exchange between data holder and data user should be defined in the agreed schemes for the sharing of financial data (Art. 9 et seq.). Regarding compensation, Art. 10 para. 1 lit. h provides for certain principles that data holder and data user must follow.</p> <p>The extent to which these principles are consistent with the Commission's power to issue guidelines for the calculation of appropriate</p>

Text proposed by the Commission	Amendment 02/02/2024	GDV comment
		<p>compensation for the exchange of data is debatable.</p> <p>In any case, we suggest ensuring that the Commission's guidelines do not restrict the contractual freedom of data holder and data user.</p>
<p>Article 12 – paragraph 2 – subparagraph 1 – introductory part A financial information service provider shall submit an application for authorisation to the competent authority of the Member State of establishment of its registered office, together with the following:</p>	<p>AM 511 Frances Fitzgerald, EPP A financial information service provider shall submit an application for authorisation to the competent authority of the Member State of establishment of its registered office, <i>or, in the case of a legal person or other undertaking established in a third country, in the Member State where those legal persons have appointed their representative</i>, together with the following:</p>	<p>This amendment retains the possibility for third Country providers to be a financial information service provider.</p> <p>We believe that the exclusion of companies as FISPs and thus as data users, already provided for in the ECON draft report, if they operate from third countries and have no establishment in the EU should not be questioned.</p>
	<p>Amendment 42 Proposal for a regulation Article 3 – paragraph 1 – point 2 a (new)</p>	<p>The existing amendment 42 from the ECON draft report introduces a new definition for the meaning of “data”.</p>

Text proposed by the Commission	Amendment 02/02/2024	GDV comment
	<p><i>(2a) ‘data’ means any digital representation of acts, facts or information and any compilation of such acts, facts or information, including in the form of sound, visual or audiovisual recording;</i></p>	<p>The definition creates coherence with the EU Data Act and Data Governance Act, which we generally welcome.</p> <p>However, in this case, there are also some unintended consequences. Notably, the new definition brings into scope sound, visual and audiovisual recordings. Such data does indeed exist in the financial sector, for instance when the consultation with the customer is recorded or videos of a car accident are being filmed.</p> <p>Sharing this data under the FiDA regime would be difficult for two reasons: Firstly, it would have to be determined on a case-by-base basis whether or not the audio and video recording can actually be shared without harming the personal rights of third parties. This process would be very cumbersome and not instantaneous. Secondly, sharing large data files via the FiDA infrastructure is going to significantly elevate the projected costs.</p> <p>We therefore suggest modifying or rejecting this amendment.</p>

Chapter II: Amendments which we support.

We welcome and support the rationale behind the following amendments:

Costs and benefits of the regulation

- The data sharing should not be limited to the financial sector but should also consider how data sharing from other sectors can be promoted. Data from connected vehicles could be one such source (AM 157, 164)
- Financial institutions should have the possibility of developing and providing bespoke data-driven financial services for their customers (AM 158)
- Acknowledgment that a cost-benefit analysis is essential to ensure that the expansion of Open Banking to Open Finance is not prohibitive to firms, particularly smaller firms (AM 160)
- Seeking alignment with national pension tracking systems (AM 184)

Trade secrets

- The sharing of customer data should respect the protection of confidential business data of both the customer and data holder. An obligation to make data available shall not oblige the disclosure of trade secrets, including but not limited to mathematical and methodological approaches. (AM 167, 168)
- This Regulation does not apply to trade secrets, business-sensitive information or proprietary data that the financial institution has generated or enriched (AM 289)

Scope

Several amendments make changes to the scope of the FiDA regulation. While not of all of these changes are compatible with each other, we support the general intent of narrowing down the scope of application.

- Excluding sustainability-related information from the scope of application (AM 180)
- Excluding data acquired from a third party where the data holder is not the original data holder (AM 189)
- Excluding data collected for the purposes of carrying out an assessment of suitability and appropriateness (AM 233, 248)
- Excluding certain types of pension rights in occupational pension schemes (AM 239, 241, 242, 243, 263)
- Excluding non-life insurance products (AM 244, 245, 246, 247)
- Excluding products that use health data (AM 249)
- Excluding ancillary insurance intermediaries (AM 262)
- Excluding special categories of personal data (AM 278, 279, 280)
- Excluding sensitive or proprietary data (AM 286, 287, 306, 307)
- Excluding contracts that have been entered into force before the date of application of the Regulation (AM 290, 291)
- Excluding commercial or business customers (AM 292)
- Excluding data from profiling (AM 305, 308)

Gradual approach

Several amendments make suggestions for a gradual implementation of the FiDA regulation. While not all of these proposals are compatible with each other, we support the general intent of phasing in FiDA step by step.

- The Commission may consider the development of sector-specific use cases by way of delegated or implementing acts (AM 288)
- Implementing the data sharing schemes stepwise with three distinct customer tiers (AM 443, 444, 452, 453, 454)

Level Playing Field

- Gatekeepers shall not be an eligible data user for the purposes of this Regulation (AM 271, 272, 322, 354, 363, 367, 368, 382, 383, 385, 524)
- Designating Financial Information Service Providers (FISP) as data holders (AM 313, 314, 316, 388, 389, 390)
- FISPs need to have a registered office in the Union (AM 365, 366)

Proportionality

- Applying FiDA to small and medium enterprises only after a grace period of 12 months (AM 196, 273)

Data processing

- Clarification on the meaning and scope of customer data (AM 301, 303, 304)

Compensation

- Aligning the wording with the stipulations in the EU Data Act (AM 474, 475, 476, 477, 478, 488)
- Supporting a market-driven approach for the determination of the compensation (AM 483, 484, 485)

Miscellaneous

- Acknowledging contractual freedom when sharing data outside of FiDA (AM 358, 359, 360)
- Making the European Supervisory Authorities as a whole responsible and not just singularly EBA (AM 492, 493, 494, 495, 498)

GDV suggestions for FIDA gradual implementation

Commission's proposal	Draft report ECON	GDV suggestion for an amendment
		<p><u><i>Recital 9a (new)</i></u></p> <p>In order to ensure that data is shared in the best interests of customers without burdening data holders with unnecessary effort, implementation should be carried out step by step. On the basis of use cases experience should be gathered that can be taken into account in subsequent use cases. Within 6 months after the date of entry into force of this Regulation, the Commission should define at least one use case from the banking sector and one use case from the insurance sector. Before adoption of the delegated act the Commission should consult the data holders representing the market of the product or service concerned and their representatives, customer organisations and consumer associations and the European Supervisory Authorities.</p>
<p>Article 2 Scope</p>		
<p>Article 2 – paragraph 1</p> <p>This Regulation applies to the following categories of customer data on:</p>		<p><i>New Amendment on the Basis of Article 2 – paragraph 1 (proposal of the commission)</i></p>

...		<p>This Regulation applies to the following categories of customer data, insofar as they are authorised for data sharing in accordance with paragraphs 3b and 4a of this Article, on:</p> <p>...</p>
		<p><i>Article 2 – paragraph 3 b (new)</i></p> <p>Categories of customer data mentioned in paragraph 1 of this article are gradually released for data sharing in defined use cases. At least two use cases have to be defined within 6 months after the date of entry into force of this Regulation. The categories of data, which are relevant for each use case may only be released for sharing if the following requirements are demonstrably fulfilled in this use case:</p> <ul style="list-style-type: none">a) significant demand from customersb) benefits for customersc) technical feasibility for data holdersd) no negative impact on customers

	<p>Amendment 38 Article 2 – paragraph 4 a (new) The Commission is empowered to adopt delegated acts in accordance with Article 30 to supplement the list of categories of customer data in scope of this Regulation set out in paragraph 1 of this Article to allow potential other use cases in the interest of customers and after consultation with the European Supervisory Authorities.</p>	<p>New Amendment on the basis of Amendment 38</p> <p>Article 2 – paragraph 4 a (new) The Commission is empowered to adopt delegated acts in accordance with Article 30 and paragraph 3b of this Article to determine the use cases in which supplement the list of categories of customer data in scope of this Regulation set out in paragraph 1 of this Article potential other use cases may be shared in the interest of customers and after consultation with data holders representing the market of the product or service concerned and their representatives, with customer organisations, consumer associations and with the European Supervisory Authorities.</p>
<p><i>Article 4</i> Obligation to make available data to the customer</p> <p>Article 4 – paragraph 1 The data holder shall, upon request from a customer submitted by electronic means, make the data listed in Article 2(1) available to the customer without undue delay, free of charge, continuously and in real-time.</p>	<p><i>Article 4</i> Obligation on a data holder to make data available to the customer</p> <p>Amendment 55 Article 4 – paragraph 1 The data holder shall, upon request from a customer submitted by electronic means, make the readily available data listed in Article 2(1) available to the customer via an online or mobile customer interface in an easily readable format, without undue delay, free of charge, and where relevant</p>	<p>New Amendment on the basis of Amendment 55</p> <p>The data holder shall, upon request from a customer submitted by electronic means, make the readily available data listed in Article 2(1) authorised for sharing in accordance with Article 2 paragraph 1,</p>

	<i>and technically feasible</i> , continuously and in real-time.	3b and 4b available to the customer <i>via an online or mobile customer interface in an easily readable format</i> , without undue delay, free of charge, <i>and where relevant and technically feasible</i> , continuously and in real-time.
<p style="text-align: center;"><i>Article 5</i> <i>Obligations on a data holder to make customer data available to a data user</i></p> <p>Article 5 – paragraph 1 Text proposed by the Commission</p> <p>The data holder shall, upon request from a customer submitted by electronic means, make available to a data user the customer data listed in Article 2(1) for the purposes for which the customer has granted permission to the data user. The customer data shall be made available to the data user without undue delay, continuously and in real-time.</p>	<p>Amendment 56 Article 5 – paragraph 1</p> <p>The data holder shall, upon <i>explicit</i> request from a customer submitted by electronic means, make available to a data user <i>acting on behalf of the customer</i> the customer data listed in Article 2(1) <i>only</i> for the purposes <i>relating to the specific service</i> for which the customer has <i>given explicit</i> permission <i>for the use of their</i> data. The customer data shall be made available to the data user without undue delay, <i>and where relevant and technically feasible</i>, continuously and in real-time.</p>	<p><i>New Amendment on the basis of Amendment 56</i></p> <p>The data holder shall, upon <i>explicit</i> request from a customer submitted by electronic means, make available to a data user <i>acting on behalf of the customer</i> the customer data listed in Article 2(1) <i>authorised for sharing in accordance with Article 2 paragraph 1, 3b and 4b only</i> for the purposes <i>relating to the specific service</i> for which the customer has <i>given explicit</i> permission <i>for the use of their</i> data. The customer data shall be made available to the data user without undue delay, <i>and where relevant and technically feasible</i>, continuously and in real-time.</p>
	<p>Amendment 155 Article 31 – paragraph -1 (new)</p> <p>-1. By ... [one year from the date of entry into application of this Regulation], and every year thereafter, the European Supervisory Authorities shall present a joint</p>	<p><i>New Amendment on the basis of Amendment 155</i></p> <p>-1. By ... [one year from the date of entry into application of this Regulation], and every year thereafter, the European Supervisory Authorities shall present a joint</p>

	<p>annual public report to the European Parliament, the Council and the Commission on the application of this Regulation.</p> <p>The report referred to in subparagraph 1 shall contain at least the following:</p> <ul style="list-style-type: none">a) a description of developments in the activities of financial information service providers;b) an appraisal of whether any changes are needed to the measures set out in this Regulation to ensure the protection of customers and to foster the development of innovative services.	<p>annual public report to the European Parliament, the Council and the Commission on the application of this Regulation.</p> <p>The report referred to in subparagraph 1 shall contain at least the following:</p> <ul style="list-style-type: none">a) a description of developments in the activities of financial information service providers;b) an evaluation of the use cases implemented during this period according to Article 2 paragraph 3b;c) an appraisal of whether any changes are needed to the measures set out in this Regulation to ensure the protection of customers and to foster the development of innovative services.
--	---	--